

# Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU & SPD

## AGA-Übersicht

### 1. Außenwirtschaft und Handel

Die Koalition plant weitere Freihandelsabkommen und möchte bereits unterzeichnete Verträge zügig ratifizieren. Hervorgehoben wird die aktive Unterstützung von MERCOSUR im Europäischen Rat. Auch die Beziehung zu den USA und der mittelfristige Abschluss eines Freihandelsabkommens wird betont. An diesen Zielen auch angesichts der schwierigen aktuellen Lage weiter festzuhalten, begrüßen wir ausdrücklich. Dies würde nicht nur den Handel beleben und für zusätzliche Absatzchancen sorgen, sondern zugleich wichtige strategische Partnerschaften in einer zunehmend rauerer weltpolitischer Lage bedeuten.

**Fazit:** Eine aktive Handelspolitik verspricht wichtige Wachstums- und Stabilitätseffekte.

### 2. Bürokratieabbau

Zu den Kernanliegen zählen eine deutliche Reduzierung von Dokumentations- und Nachweispflichten sowie verkürzte Genehmigungsverfahren. Wir begrüßen diese Pläne, weil gerade kleinere und mittlere Unternehmen unverhältnismäßig stark von administrativen Auflagen belastet werden.

Entscheidend ist, ob neue Regelungen wie zum Beispiel ein Tariftreue- oder Vergabegesetz nicht wieder für mehr bürokratischen Aufwand sorgen. Sollte der Abbau tatsächlich konsequent umgesetzt werden, könnte das ein deutlicher Wettbewerbsvorteil sein. Falls allerdings an anderer Stelle neue Verpflichtungen eingeführt werden, verpuffen die beabsichtigten Entlastungen rasch. Deutschland braucht eine umfassende Staatsreform, die nicht im klein-klein stecken bleiben darf.

**Fazit:** Klar definierte und widerspruchsfreie Entlastungsmaßnahmen im Verwaltungsalltag würden vielen Betrieben sofort helfen. Parallel ist darauf zu achten, dass man nicht durch neue Vorgaben den Bürokratieabbau wieder konterkariert.

### 3. Verkehr und Infrastruktur

Die Koalition in spe strebt beschleunigte Planungs- und Genehmigungsverfahren für Straßen, Schienenwege, Brücken und andere Infrastrukturprojekte an. Wir erachten das als zentralen Faktor für einen funktionierenden Außenhandel und für die Bedienung von Märkten im In- und Ausland. Gerade Lieferketten hängen stark von einer verlässlichen, gut ausgebauten Verkehrsinfrastruktur ab.

Ob die Verfahren jedoch tatsächlich so beschleunigt werden, wie angekündigt, hängt von den Abstimmungsprozessen mit den Ländern und den konkreten Gesetzesänderungen ab. Besonders im Bereich Schienen- und Wasserstraßenbau sind die Genehmigungsverfahren oft komplex. Eine deutliche Verkürzung würde für viele Branchen Zeit- und Kostenvorteile bringen und zugleich den Wirtschaftsverkehr entlasten.

**Fazit:** Investitionen in Infrastruktur und vereinfachte Planungsverfahren sind unverzichtbar, um lange Genehmigungszeiten zu verkürzen. Eine konsequente Umsetzung würde die Standortqualität weiter steigern und Handelswege sichern.

### 4. Steuern

Die neue Regierung plant verschiedene Maßnahmen zur steuerlichen Entlastung von Unternehmen, zum Beispiel bei Abschreibungen oder bei bestimmten Energiekosten. Entlastungen z. B. bei der Körperschaftsteuer sollen allerdings erst in der zweiten Hälfte der Legislatur umgesetzt werden. Das ist angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Lage deutlich zu unambitioniert.

Zudem soll die Einfuhrumsatzsteuer künftig über ein Verrechnungsmodell abgewickelt werden, was die Liquiditätsbelastung für Importeure senken und administrative Prozesse vereinfachen würde. Wir sehen darin einen konkreten Schritt, von dem vor allem Betriebe mit häufigen Wareneinfuhren direkt profitieren und begrüßen ihn.

Es ist insgesamt zu bedenken, dass Entlastungen im Steuerbereich schnell durch andere Kosten – etwa Sozialbeiträge – wieder kompensiert werden können. Um wirtschaftlich wirksam zu sein, müssen die geplanten Änderungen umfassend aufeinander abgestimmt sein, damit die Nettoentlastung tatsächlich bei den Unternehmen ankommt.

**Fazit:** Steuerliche Reformen und die Vereinfachung der Einfuhrumsatzsteuer können Betrieben den Rücken stärken. Essenziell ist eine weitsichtige Gesamtlösung, die nicht zu einer bloßen Umschichtung von Lasten führt.

## 5. Digitales

Die künftige Koalition will Deutschland digitaler und innovativer machen. Dazu gehören Projekte wie die Modernisierung der Verwaltungsverfahren (One-Stop-Shops, schnellere digitale Genehmigungen) und der Ausbau zukunftsweisender Technologien (KI, Cloud, Robotik). Wir stimmen zu, dass eine beschleunigte Digitalisierung für Unternehmen enorm wichtig ist, um international wettbewerbsfähig zu bleiben.

In der Vergangenheit haben jedoch viele digitale Großprojekte unter mangelnder Koordination und komplizierten Abstimmungsprozessen gelitten. Daher plädieren wir für klare Zuständigkeiten und verbindliche Zeitpläne, damit die angekündigten Reformen nicht an der föderalen Struktur und endlosen Pilotphasen scheitern.

**Fazit:** Eine ambitionierte Digitalagenda stärkt den Standort, wenn sie effektiv organisiert und ausreichend finanziert wird. Es braucht eine rasche und praxistaugliche Umsetzung, um den Mehrwert für Unternehmen sichtbar zu machen.

## 6. Arbeit

Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik wollen die Koalitionäre einerseits mehr Flexibilität (zum Beispiel durch eine mögliche wöchentliche Höchstarbeitszeit) und andererseits eine stärkere soziale Absicherung (höhere Mindestlöhne, Anpassung der Grundsicherung). Wir unterstützen das Anliegen, dass Unternehmen und Beschäftigte ihre Arbeitszeiten bedarfsorientierter gestalten können.

Allerdings darf die Tarifautonomie nicht noch weiter eingeschränkt werden. Die Mindestlohnkommission sollte allein aufgrund realer ökonomischer Gegebenheiten über die Lohnhöhe entscheiden und nicht aufgrund politischer Vorgaben. Auch neue Vorgaben, etwa durch ein Tariftreuegesetz, würden den administrativen Aufwand für Betriebe unnötig erhöhen. In Bezug auf die Grundsicherung begrüßen wir Bestrebungen, Menschen wieder schneller in Arbeit zu bringen.

**Fazit:** Moderne Arbeitszeitmodelle und flexible Lösungen können die Wettbewerbsfähigkeit stärken. Es darf jedoch nicht durch übermäßige Bürokratie oder staatliche Eingriffe in die Entgeltfindung konterkariert werden.

## 7. Bildung

In der Bildungs- und Forschungspolitik setzen die Koalitionäre auf höhere Investitionen in Schulen, Hochschulen, berufliche Ausbildung und technologische Schlüsselbereiche. Unserer Einschätzung nach ist dies unbedingt nötig, um dem Fachkräftemangel wirksam zu begegnen und die Innovationskraft des Landes zu sichern.

Allerdings steht zu befürchten, dass viele Vorhaben langwierige Abstimmungsprozesse mit sich bringen, insbesondere zwischen Bund und Ländern. Ebenso ist unklar, in welchem Umfang Fördergelder tatsächlich an der Basis ankommen, wenn zugleich vielfältige Antrags- und Nachweisverfahren bestehen. Ein effizienter Mitteleinsatz und eine Reduzierung bürokratischer Hemmnisse sind daher erforderlich, um schnelle Fortschritte zu erzielen.

**Fazit:** Eine konsequente Stärkung der Bildungssysteme ist essenziell für den Standort. Entscheidungen müssen jedoch rasch, koordiniert und unbürokratisch getroffen werden, damit der Nutzen wirklich spürbar wird.

## **8. Soziale Sicherung (Rente, Kranken- und Pflegeversicherung)**

Die Regierung plant, das Rentenniveau weiterhin zu stabilisieren und zugleich mehr Geld in die Pflege- und Krankenversicherung zu lenken. Wir warnen vor weiteren Beitragserhöhungen, die auf Unternehmen und Beschäftigte zukommen könnten, sofern grundlegende Strukturreformen ausbleiben. Eine steigende Belastung durch Sozialbeiträge würde nicht nur die Löhne reduzieren, sondern auch die Produktionskosten für Betriebe erhöhen.

**Fazit:** Wir halten es für notwendig, eine Kostensteigerung durch langfristige Reformen zu begrenzen, damit soziale Sicherheit und vertretbare Abgaben Hand in Hand gehen.

## **9. Klimaschutz und Energiepolitik**

Die Koalition betont, dass Klimaschutz als wirtschaftliche Chance gesehen werden soll. Ein Ausbau erneuerbarer Energien, eine Stärkung von Wasserstoff-Infrastrukturen und der Abbau bürokratischer Hürden für klimafreundliche Investitionen gehören zum Paket. Wir befürworten diese Ausrichtung, weil klare und verlässliche Rahmenbedingungen in der Energieversorgung eine entscheidende Rolle spielen. Unternehmen – gerade in energieintensiven Branchen – brauchen planbare Kosten und beschleunigte Genehmigungen, um klimaschonende Technologien zu implementieren.

Offen bleibt, wie etwa die CO<sub>2</sub>-Bepreisung konkret gehandhabt und wie ein angemessener Ausgleich für besonders betroffene Branchen gestaltet wird. Ohne tragfähige Konzepte für Carbon Leakage droht, dass Unternehmen ihre Standorte ins Ausland verlagern. Die Regierung muss zeigen, dass wirtschaftliche Machbarkeit und ambitionierter Klimaschutz miteinander und nicht gegeneinander funktionieren.

**Fazit:** Eine erfolgreiche Kombination aus Klimaschutz und Standortentwicklung erfordert verlässliche Energiepreise, zügige Verfahren und ausreichende Fördermöglichkeiten. Gelingt dies, kann es zum Wettbewerbsvorteil werden.

## 10. Migration und Fachkräftesicherung

Angesichts des demografischen Wandels setzt die Regierung auf vereinfachte Verfahren zur Arbeitsmigration und ein beschleunigtes Anerkennungsverfahren für ausländische Berufsqualifikationen. Wir teilen die Auffassung, dass zusätzliche Fachkräfte aus dem Ausland gebraucht werden, um Lücken in vielen Branchen zu schließen und Innovation voranzutreiben.

Allerdings ist entscheidend, dass die neuen Regeln nicht von komplizierten Nachweis- und Dokumentationspflichten konterkariert werden. Weiterhin braucht es auch integrationspolitische Flankierung, damit Zugewanderte reibungslos in den Arbeitsmarkt finden. Insgesamt sehen wir hier Potenzial, die wirtschaftliche Dynamik zu erhöhen, sofern die Verfahren verlässlich und digital gestützt funktionieren. Das erklärte Ziel die irreguläre Migration weitestgehend einzudämmen sehen wir positiv.

**Fazit:** Einfachere Zugangs- und Anerkennungsverfahren sind ein wichtiger Baustein zur Lösung des Fachkräftemangels. Die politische Umsetzung muss aber schnell, transparent und bürokratiearm erfolgen, damit Unternehmen zügig auf dringend benötigte Arbeitskräfte zugreifen können.

### Kontakt

#### Janis Wemhöner

Bereichsleiter Bildung und Handel

040 30 80 1- 239

[janis.wemhoener@aga.de](mailto:janis.wemhoener@aga.de)